

Anstoß



»Wir zählen auf euch, statt auf Konzernspenden«

www.die-linke-spende.de

Linke Zeitung für Erfurt · www.die-linke-erfurt.de

DIE LINKE.

Ausgabe 2 · 2017

In eigener Sache

In der heutigen Zeit ist es manchmal schwer zu erkennen, ob eine Information richtig und unverfälscht ist oder ob es sich um so genannte »Fake News« handelt. In unserer Wahlkreiszeitung, die Sie gerade in den Händen halten, können Sie sicher sein, Informationen aus erster Hand vorzufinden. Das bedeutet, wir schreiben nicht über etwas, sondern wir informieren über Themen und Ereignisse, die wir persönlich begleitet haben. Dafür verbürgen wir uns!

Inhalt:

Kommentare:

Demokratie – Seite 1

Christian Schaft:

Mitbestimmung – Seite 2

Partizipation – Seite 2

Stadtratsfraktion:

Doppelhaushalt – Seite 3

BUGA-Ausschuss – Seite 4

Vermögensfreigrenze – Seite 4

André Blechschmidt:

MedienCheck – Seite 5

»Heraus zum 1. Mai!« – Seite 5

Susanne Hennig-Wellsov:

Demokratie von LINKS – Seite 6

Demokratie in Kommunen – Seite 6

Martina Renner:

Demokratisierung auf mehreren Ebenen – Seite 7

Freiheit vs. Sicherheit – Seite 7

Karola Stange:

Beteiligung vor Ort – Seite 8

Gartenbau in Thüringen – Seite 8

Stadtverband:

Verkauf der Erfurter Bahn gestoppt – Seite 9

Tag der Befreiung – Seite 9

Starke LINKE für den nächsten Bundestag – Seite 11

Linksjugend:

G20 fluten – Seite 10

Ein kritisch-solidarischer Blick auf rot-rot-grün – Seite 10

Ronald Hande:

Gebietsreform – Seite 11

Kulturgenossenschaft

– Seite 12

Termine – Seite 12

Sudoku – Seite 12



Aktiv gegen Hungerlöhne und Leiharbeit auf der 1. Mai Demonstration 2017 in Erfurt.

Die Demokratie steckt in der Krise, die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit ihren jeweiligen Demokratien in den Ländern Europas sinkt und überall sind rechte Scharfmacher am Werk demokratische Rechte zu entsorgen und Minderheiten auszugrenzen, um dem vermeintlichen Verfall von Kultur und Abendland zu retten. Was die Demokratie untergräbt ist »das weiter« so der vorherrschenden Politik. Am neoliberalen Grundsatz, dass der Markt es besser kann als der Staat, wird trotz zahlreicher Krisen festgehalten. Dieser Ideologie von Wachstum und Markt wird alles untergeordnet. Die Logik der Finanzmärkte ist die Logik des Stärkeren. Wie es sich anfühlt, wenn diese Logik in die Politik Einzug

hält, können tausende Langzeiterwerbslose, die im Hartz-IV-System feststecken berichten. Ihre Lebensleistungen wurden vernichtet. Der Niedriglohnsektor und Leiharbeit greifen weiter um sich und was prekäre Beschäftigungsverhältnisse wirklich bedeuten, wissen all diejenigen, die eine Familie gegründet haben oder gründen wollen. Regelmäßige Arbeitszeiten, unbefristete Beschäftigung. Für viele ist das schon ein Luxus. Deutschland steht vor der Wahl, ob es die marktkonforme Demokratie von Angela Merkel will oder eine Demokratie, deren Wirken sich an den Bedürfnissen von Arbeitern, Angestellten, Erwerbslosen, chronisch Kranken oder Rentnern orientiert, also eben

nicht an den oberen Zehntausend, sondern am Durchschnitt der Bevölkerung. Warum also Rettungsschirme für Banken, aber nicht für die öffentliche Infrastruktur, für Schulen und soziale Unterstützung auf die viele Menschen dringend angewiesen sind? Was wir brauchen ist eine soziale Demokratie. Eine, in der Solidarität kein Schimpfwort ist. Wir alle sind auf Solidarität angewiesen, ob bei der Krankenversicherung oder bei der Rente. DIE LINKE kämpft deshalb für Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Teilhabe am Leben ist die wichtigste Voraussetzung für demokratische Mitbestimmung.

Matthias Bärwolff, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Erfurter Stadtrat

Es ist Zeit, die Demokratie selbst zum Thema zu machen

»Die da oben machen doch sowieso, was sie wollen.« Diesen Satz haben wir schon oft gehört. Er wäre in einer Monarchie oder Diktatur bestimmt angebracht. Für eine Demokratie ist das ein vernichtendes Urteil. Denn das, was der Satz ausdrückt, soll doch durch die Demokratie vermieden werden. Seit Jahren beklagen wir den Vertrauensverlust in die Politik. Rechtspopulistischen Bewegungen treiben damit ihr Spiel, schüren Ängste und reißen Gräben auf. Es ist an der Zeit, die Demokratie selbst zum Thema zu machen. Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus. Welche Erwartung verbindet sich damit und wer erwartet was und von wem? Ist der Staat für die Bürgerinnen und Bürger da oder umgekehrt? Was ist überhaupt ein Bürger, eine Bürgerin? Wie denken wir uns den Staat und wie denkt der Staat

über uns? Sind wir Steuerzahler oder Bürger? Oder ist es dasselbe? Oder genauer: Ab wann ist es dasselbe? Wie auch immer, die Demokratie gehört auf die Tagesordnung – bei Parteiversammlungen, im Landtag, im Wahlkampf. Reden wir über unsere Mitbestimmungsrechte, darüber was wir bewirken, was wir bewirken könnten. Reden wir also über das Wahlrecht und über neue Formen der Bürgerbeteiligung, darüber, wie sich die Kluft zwischen Regierten und Regierenden überwinden lässt. Zu reden ist auch über die direkte Demokratie, die uns auf Bundesebene fehlt und in Europa. Wenn wir aufhören, die Demokratie zu entwickeln, fängt die Demokratie an, aufzuhören!

Ralf-Uwe Beck

Vorstandssprecher Mehr Demokratie e.V.



Ralf-Uwe Beck

Kulturgenossenschaften

Kultur sollte für alle da sein. Doch wie in vielen Kommunen ist auch in Erfurt Kultur eine freiwillige Leistung wenn es um deren Finanzierung durch die Stadt geht und genau hier wird gespart. Logische Konsequenz und eine Antwort auf diese Sparpolitik ist die erste Thüringer Kulturgenossenschaft, welche mit dem Erwerb des alten Schauspielhauses über ein Genossenschaftsmodell wirbt. Mitbestimmung erreicht hier eine neue Form der Qualität. Ausführlich dazu auf Seite 12 des Anstoß.

Nähere Informationen unter: www.kulturquartier-erfurt.de

City Runde

Gelebte Demokratie zeigt sich im Verbund vieler Individuen für eine gemeinsame Idee.

Die City Runde stellt eine solche Idee dar. Vereine, Verbände, KoWo, Polizei, die Stadt Erfurt u.a. kommen, wie es in jedem anderen Stadtteil üblich ist, in regelmäßigen Abständen zusammen, um über konkrete Probleme der Innenstadt aus Sicht der Einwohnerinnen und Einwohner zu sprechen.

Ständige Kulturvertretung

Die Ständige Kulturvertretung Erfurt (ehemals Kulturrauminitiative) vernetzt seit 2013 engagierte Akteurinnen und Akteure, Initiativen und Vereine aus der Erfurter (Sozio)Kultur und Zivilgesellschaft miteinander. Sie ist ein offenes Netzwerk, das sich für den Erhalt und den Ausbau einer vielfältigen Kulturlandschaft für alle Bewohnerinnen und Bewohner Erfurts einsetzt.

Mit Veranstaltungen und Vernetzungstreffen sollen innerhalb der Kulturarbeitenden sowie in Richtung von Stadtrat und Stadtverwaltung Kommunikationsprozesse angeschoben werden.

Neueröffnung des »veto«

Im April feierte das veto, ein selbstverwalteter Raum für linke Kultur und Politik, seine Neueröffnung in Räumen in der Magdeburger Allee 180. Das veto gibt es seit 2011. Regelmäßig finden hier Vorträge und Diskussionsveranstaltungen sowie die »Küche für Alle« (KüfA) statt.

Alle Infos und Termine gibt's auf www.veto.blogspot.de

Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche verbessern

Demokratie muss von allen Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet werden, nur dann kann sie erhalten werden und lebendig sein. Dies bedeutet, dass alle unabhängig von ihrem Alter die Möglichkeit haben sollten mitzubestimmen – sei es in der Kommune oder im Land. Diesem Thema haben sich die rot-rot-grünen Fraktionen im Landtag gewidmet: der eigenständigen Jugendpolitik.

Was verbirgt sich aber hinter diesem Begriff? Eigenständige Jugendpolitik meint, dass die Sichtweise, die Interessen und die Bedürfnisse junger Menschen in ihrer Gänze betrachtet werden. Das bedeutet, diese nicht allein bspw. unter dem Aspekt der Familien- oder Bildungspolitik zu betrachten und abzutun. Jugendpolitik ist ein Querschnittsthema. Damit verbunden ist auch die Zielstellung, die gesellschaftliche Anerkennung für Jugendliche zu erhöhen und Wege zu finden die Möglichkeit zum Einmischen und Gestalten so zu verankern, dass Jugendli-

che auch die Möglichkeit haben sich und ihre innovativen Fähigkeiten zu fördern. Wichtige Partnerinnen und Partner in diesem Bereich sind natürlich die Einrichtun-



Christian Schaft (Mitglied des Landtags)

gen der Jugendhilfe und der Jugendverbände. Sie leisten wie der Stadtjugendring Erfurt und dessen Mitgliedsverbände sowie die Jugendhilfeeinrichtungen in Erfurt seit Jahren einen enorm wichtigen Beitrag für die kommunale Jugendarbeit hier vor Ort. Einrichtungen wie der Jugendclub um die Ecke ermöglichen Teilhabe und vor allem bieten sie einen Raum in dem Jugendliche sich entfalten und mitgestalten können. Aber sie sind auch Anlaufpunkte für

Jugendliche mit ihren ganz individuellen Problemlagen.

Um diese Einrichtungen und kommunal verankerte Mitwirkungsgruppen für Jugendliche in Thüringen vor Ort zu stärken, haben die r2g-Fraktionen einen Antrag in den Landtag eingebracht, der noch im Sommer beschlossen werden soll. Ziel dieses Antrags ist es ein ressortübergreifendes Maßnahmenkonzept für eine eigenständige Jugendpolitik zu entwickeln. Dabei soll natürlich auf die Expertise der landesweit tätigen Jugendverbände zurückgegriffen werden. Um die örtliche Jugendförderung zu stärken, ist zudem vorgesehen mit dem Doppelhaushalt 2018/19 die finanziellen Mittel von derzeit 12 auf 15 Millionen Euro jährlich aufzustocken. Eine finanzielle Anstrengung, die auch die Qualität und Vielfalt der Jugendhilfe in Erfurt mittelfristig absichern und stärken wird. Zudem soll darauf hingewirkt werden, dass Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte von Jugendlichen in der Kommunalordnung festgeschrieben werden. Wichtig ist auch die im Antrag formulierte Stärkung der außerschulischen kulturellen, politischen, menschenrechtsorientierten und antirassistischen Jugendbildung und -arbeit.

Christian Schaft, DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag

Partizipation von Jugendlichen – Ein Gespräch mit dem Stadtjugendring Erfurt



Jugendliche diskutieren über Möglichkeiten der Partizipation in der Politik.

Als Geschäftsführer engagiert sich Robert Richter im Stadtjugendring Erfurt (SJR). Im Gespräch mit Christian Schaft zeigt er, wie wichtig die Unterstützung der Thüringer rot-rot-grünen Koalition für den Jugendbereich ist.

Christian Schaft: Robert Richter, welche Rolle spielt der SJR bei der Beteiligung Jugendlicher an der Politik?

Robert Richter: Der SJR versteht sich als Impulsgeber und Schnittstelle bezüglich der Beteiligung junger Menschen in Erfurt. Er setzt sich für die Verwirklichung partizipatorischer gesellschaftlicher Anforderungen und die Selbstermächtigung junger Menschen ein und misst den individuellen Erfahrungen Jugendlicher mit Politik und Ge-

sellschaft ein großes Gewicht bei. Er tritt öffentlich für ein Mehr an Mut und Willen zu einer ernsthaften Beteiligung ein.

Warum ist es so wichtig Jugendliche zu befähigen an der Politik teilzunehmen? Die aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen, speziell in Erfurt und den neuen Bundesländern, aber auch eine deutschlandweite Konjunktur von Anfeindungen und Übergriffen auf Geflüchtete, dem lautstark geäußerten Gefühl »auf der Strecke zu bleiben« oder von den Vertreterinnen und Vertreter der Politik nicht repräsentiert zu werden, machen deutlich: Es bedarf zum Erhalt und Ausbau der Demokratie die Beteiligung von Menschen aller Altersgruppen. **Vielen Jugendlichen fehlt aber noch immer der Zugang, woran könnte das liegen?**

Zu allererst ist Partizipation in der Jugendhilfe zum zentralen Paradigma geworden. Problematisch wird es beim Blick über die Jugendhilfe hinaus. Beteiligung heißt ja auch Entscheidungsmacht abzugeben. Und dies trifft nicht überall gleichermaßen auf Zustimmung. So wird jungen Menschen oft eine mangelnde Reife unterstellt. Das sehen wir natürlich ganz anders. Teilweise müssen Beteiligungsmöglichkeiten erkämpft werden, aber auch wir sind gefragt nachhaltig wirksame Konzepte zu entwickeln, die wir Entscheidungsträgerinnen und -träger vorstellen können. Daher begrüßen die Kreis- und Stadtjugendringe die Diskussion zur Eigenständigen Jugendpolitik im Thüringer Landtag und haben sich auch im Anhörungsverfahren beteiligt.



Öffentlicher Raum ist Lebensqualität



Foto: DIE LINKE, im Erfurter Stadtrat

Alles dicht. Der öffentliche Raum ist zum Leidwesen aller am Wenigemarkt knapp bemessen.

Interview der Anstoßredaktion mit Matthias Bärwolff, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, im Erfurter Stadtrat und Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung.

Anstoß: Matthias, du bist Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und studierst Stadt- und Raumplanung. Was sind öffentliche Räume und was macht sie so wichtig?

Matthias Bärwolff: Der öffentliche Raum ist zunächst dadurch gekennzeichnet, dass er dem Gemeinwesen gehört, also von uns allen genutzt werden kann und nicht privaten Interessen unterliegt, etwa der Immobilienbranche. Öffentliche Räume sind die Straßen und Wege, Plätze und Parks. Ihre Gestalt prägt die Lebensqualität in der Stadt und den Wohngebieten, deshalb sind Grünanlagen, aber auch barrierefreie Wege, Sitzbänke, Mülleimer und Toiletten so wichtig.

Warum sind sie wichtig?

Öffentlichen Flächen sind knapp. Erfurt hat eine Fläche ca. 269km². Wieviel davon gehört Privatleuten oder Unternehmen und

wieviel der öffentlichen Hand? Der Boden ist als Anlage- und Renditeobjekt ins Visier der Finanzmärkte geraten. Darunter haben die Mieterinnen und Mieter zu leiden, denn deren Mieten steigen.

Wie meinst Du das genau?

Die steigende Wohnungsnachfrage sorgt für steigende Grundstückspreise. Wohnungsbau, noch dazu sozialer, wird so immer teurer. Gerade bei Neuvermietungen werden diese Mietsteigerungen deutlich. Jeder, der in den letzten Monaten eine neue Wohnung bezogen hat, weiß was es heißt, wenn der Mietspiegel herangezogen wird, um Mietsteigerungen zu rechtfertigen.

Kann die Stadt nicht mehr Raum zur Verfügung stellen?

Die Stadt kann nur den Boden zur Verfügung stellen, der ihr auch gehört. Seit vielen Jahren verkauft die Stadt Grund und Boden und so schwinden die Reserven. Hinzu kommen weitere Ansprüche an den bestehenden öffentlichen Raum. Überall in der Stadt herrscht Parkplatzmangel, Radwege sollen gebaut werden und auch die Fußgängerinnen und Fußgänger haben ein Recht

auf ordentliche und barrierefreie Wege. Bodenpolitik birgt also eine Reihe sozialer Aspekte in sich.

Die soziale Bedeutung öffentlicher Räume ist scheinbar kaum bekannt.

Das würde ich nicht sagen. Die Diskussionen um den sozialen Wohnungsbau, die Gestaltung des Bürgerparks am Johannesplatz oder die Bürgerbeteiligung rund um die Sanierung des Berliner Platzes zeigen: Die Anwohnerinnen und Anwohner wissen sehr wohl, was ihnen diese öffentlichen Räume wert sind. Angefangen vom Wochenmarkt, über Straßenfeste bis hin zu Barrierefreiheit und einer ansprechenden Gestaltung, zu all diesen Aspekten hatten die Anwohnerinnen und Anwohner sehr konkrete Vorstellungen geäußert. Öffentliche Räume sind auch Ausdruck von Lebensqualität. Wenn sie gut gestaltet und gepflegt werden, laden sie zum Verweilen ein und sind Orte der Begegnung zwischen Nachbarn, zwischen Generationen und zwischen Kulturen. Gepflegte öffentliche Räume stärken den sozialen Zusammenhalt.

Danke Matthias für das Interview.

Doppelhaushalt mit LINKEN Akzenten*

Der Haushalt 2017/2018, ein Doppelhaushalt auf den wir alle lange gewartet haben und der Planungssicherheit schafft. Für Vereine, Verbände, Träger und Initiativen. Planungssicherheit auch für Infrastrukturmaßnahmen wie der Sanierung von Straßen, Brücken und Gebäuden. 733 Millionen Euro werden im Jahr 2017 ausgegeben und 745 Millionen Euro im Jahr 2018. Das zeigt erstens, dass Erfurt wächst und zweitens, dass die Rot-Rot-Grüne Kooperation ihrer Verantwortung für das Wohl der Stadt Erfurt gerecht wird.

Unsere Schwerpunkte für den Haushalt 2017/2018 sind unter anderem, dass mehr Geld für die Anschaffung von Medien in Bibliotheken eingestellt wird. In den letzten Jahren hatten die Bibliotheken nicht die

Mittel zur Verfügung um aktuelle Medien einzukaufen und bereitzustellen. So zum Beispiel elektronische Medien, E-Books, aber auch aktuelle und auch fremdsprachige Literatur. Wir haben mittlerweile viele Menschen in der Stadt, die nicht aus Deutschland kommen und jetzt hier leben und wohnen. Auch denjenigen sollte man Angebote machen. Zum Beispiel mit arabischer Kinderliteratur.

Ein weiterer Punkt ist für uns die Diskussion um die Kunst und die freie Szene und auch um das Jugendtheater Schotte. Wir wollen 200.000 Euro für die Finanzierung bereitstellen. Vor nicht allzu langer Zeit hatten wir in Erfurt die »Beerdigung der Königin Kultur«. Da wurde von allen Seiten festgestellt, wie wesentlich und wichtig die kulturelle Landschaft für eine Zivilge-

sellschaft ist. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr und haben das Signal verstanden. Wir können nicht alle Wünsche zu 100 Prozent erfüllen, aber wir teilen die Stoßrichtung und haben daher Änderungsanträge dazu gestellt.

Das gilt ebenso für soziale Vereine und Verbände wie z.B. der Seniorenschutzbund, die wir mit mehr Geld ausstatten wollen. Der Seniorenschutzbund macht nicht »Kaffeekränzchen für ältere Damen und Herren«, sondern es geht darum Mitwirkung und Teilhabe für die immer größer werdende Gruppe zu gewährleisten.

**Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, im Stadtrat Erfurt, Matthias Bärwolff, zur Haushaltsdiskussion am 10. Mai 2017 in der Stadtratssitzung.*

Kleines Wörterbuch Kommunalpolitik

Der Einwohnerantrag

Es gibt einige Möglichkeiten, wie sich Bürgerinnen und Bürger demokratisch beteiligen können. Eine davon ist der Einwohnerantrag nach § 16 Thüringer Kommunalordnung. Hier können Einwohnerinnen und Einwohner beantragen, dass der Gemeinderat über eine Angelegenheit, für deren Entscheidung er zuständig ist, berät und entscheidet. Näheres regelt das Thüringer Gesetz über das Verfahren bei Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (ThürEVBG). Dieses Gesetz ist von den Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit dem Mehr Demokratie e.V. erarbeitet und vom Thüringer Landtag am 30. September 2016 beschlossen wurden. Unterzeichnungsberechtigt sind alle Einwohnerinnen und Einwohner ab dem 14. Lebensjahr. Nicht zulässig sind Anträge zu Aufgaben, die nur dem Bürgermeister obliegen oder etwa gesetzwidrige Ziele verfolgen. Sind genügend Unterschriften gesammelt, ein Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner, maximal jedoch 300 Unterschriften und in Landkreisen maximal 1000 Unterschriften, wird der Einwohnerantrag beim Bürgermeister eingereicht. Der Gemeinderat entscheidet dann über die Zulässigkeit. Ist der Einwohnerantrag zugelassen, muss der Gemeinderat ihn innerhalb von zwei Monaten behandeln.

Impressum

»Das Gläserne Rathaus« erscheint auf den Seiten 3 und 4 im »Anstoß«

Herausgeber:
DIE LINKE, im Erfurter Stadtrat
Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

Telefon: 0361 / 655 20 50
Fax: 0361 / 655 20 51

die-linke-fraktion@erfurt.de
www.linksfraktion-erfurt.de

V.i.S.d.P.: Matthias Bärwolff

Personelle Veränderungen in der LINKEN Fraktion

Unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Steffi Hornbostel legt zum 1. Juni 2017 ihr Stadtratsmandat nieder. Wir danken Steffi für ihr langjähriges Wirken in unsere Fraktion. Als Mitglied im Kulturausschuss und im Finanzausschuss des Stadtrates Erfurt brachte sie stets ihre Fachkompetenz in Diskussionen und Entscheidungen ein. Für sie wird Hans Jürgen Czentarra, Ortsteilbürgermeister am Herrenberg in die Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat nachrücken.

Erfurt Süd-Ost: Demokratie stärken vor Ort

Am 3. Mai fand im Stadtteilzentrum am Herrenberg eine Austausch- und Informationsveranstaltung zum Thema Volksgemeinschaft e.V. statt. Dazu lud LAP Erfurt (Lokaler Aktionsplan gegen Rechtsextremismus) alle Aktiven und Interessierten ein, unter ihnen DIE LINKE. im Stadtrat Erfurt, um über die rechten Machenschaften der Volksgemeinschaft zu informieren und gemeinsam Konzepte zu entwickeln. Gemeinsam soll so auf die Erstarkung der rechten Szene am Herrenberg reagiert werden.

Mit der Maßgabe Zeichen für Toleranz, Weltoffenheit und Vielfalt zu setzen bildeten sich Arbeitsgruppen, eine beschäftigte sich mit der Planung des Aktionstages »Tag der Vielfalt«. Am 24. Juni werden dazu zahlreiche Angebote in den verschiedenen Einrichtungen in Erfurt Südost gemacht. Der musikalische Ausklang findet im Stadtteilzentrum Herrenberg statt.

Sozialticket wird deutlich günstiger

Auf Betreiben der LINKEN Fraktion im Stadtrat haben die Fraktionen von Rot-Rot-Grün für den Doppelhaushalt einen Änderungsantrag eingebracht, der die Rückzahlung an die Sozialticketempfängerinnen und -empfänger von bisher 15 Euro auf 20 Euro anhebt. Zukünftig bekommen damit Menschen, die Anspruch auf ein Sozialticket haben, vom Sozialamt 20 Euro für ihre Fahrkarte erstattet.

BUGA-Ausschuss nimmt Arbeit auf



Am 23. Mai 2017 fand die konstituierende Sitzung des BUGA-Ausschuss statt. Der Ausschuss ist beratend tätig für sämtliche Angelegenheiten, die mit der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Zusammenhang stehen und der Beschlussfassung des Stadtrates bedürfen.

Bereits im Herbst des letzten Jahres war es unserer Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Erfurt ein wichtiges Anliegen, mit einem eigenen Antrag die Gründung dieses Ausschusses einzufordern. Nach intensiver sachlicher Auseinandersetzung mit dem Thema wurde letztlich ein rot-rot-grüner Antrag für die diesjährige Märzsession des Stadtrates vorbereitet und mit 22 Ja-Stimmen beschlossen.

Personell setzt sich der Ausschuss aus dem Oberbürgermeister, 11 weiteren Stadtratsmitgliedern und bis zu 8 sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern zusammen. Für unsere Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Erfurt wurden Karola Stange und Dr. Barbara Glaß als stimmberechtigte Mitglieder sowie Jürgen Zerull und Michael Seeber als sachkundige Bürger in den BUGA-Ausschuss entsandt. Bis zur Bundesgartenschau 2021 werden sie sich intensiv im BUGA-Ausschuss für die sozialen und ökologischen Belange der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Erfurt einsetzen.

Erfahrungen aus anderen Großprojekten, wie dem Bau der Multifunktionsarena, haben gezeigt, dass ein eigens für die BUGA 2021 zuständiger Ausschuss durch die Bün-

delung von Kompetenzen und Sachwissen eine sinnvolle und effektive Begleitung der verschiedenen Phasen der Bundesgartenschau in Erfurt ermöglicht. Frau Katrin Weiß, Geschäftsführerin der BUGA 2021 gGmbH, und Herr Alexander Hilge, zuständiger Beigeordneter der Landeshauptstadt für die Bundesgartenschau, haben mehrfach die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit des BUGA-Ausschusses betont und waren nach dem Stadtratsbeschluss zur Schaffung eines BUGA-Ausschuss erfreut und erleichtert.

Bei Fragen, Ideen und Anregungen zum Thema Bundesgartenschau 2021 in Erfurt und BUGA-Ausschuss können Sie sich unter der 0361/655-2050 melden oder eine E-Mail an die-linke-fraktion@erfurt.de schreiben.

Vermögensfreigrenze angehoben Verwaltung muss in die Offensive gehen

Das Schonvermögen ist ein im deutschen Sozialrecht gebräuchlicher Begriff und bezeichnet die Einschränkung der Verpflichtung zum Einsatz eigenen Vermögens. Alles was zu dem Schonvermögen zählt, braucht ein hilfebedürftiger Mensch, der Sozialhilfe oder andere Sozialleistungen bezieht, nicht einzusetzen, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Grenze für das Schonvermögen lag lange Zeit bei einem Betrag in Höhe von 2.600 Euro. Mit dem 1. April 2017 ist diese Grenze auf 5.000 Euro angehoben worden. Auch für Ehepartnerinnen und Ehepartner von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger steigt die Grenze auf 5.000 Euro.

Karola Stange, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat sieht hier die Verwaltung in der Pflicht. Sie fordert nicht nur für Erfurt eine Aufklärung über die Anhebung der Schonvermögensgrenze, sondern landesweit. Das zuständige Sozialamt muss zügig und umfassend über die neue gesetzliche Regelung aufklären.

In den zurückliegenden Jahren wurden viele Anträge auf Sozialhilfe aufgrund »zu hohen« Vermögens durch das Sozialamt abgelehnt. DIE LINKE. im Stadtrat Erfurt ruft alle Erfurter und Erfurterinnen, die in den zurückliegenden Jahren entweder aus Scham gar

nicht den Weg zum Amt gegangen sind oder deren Antrag mit der Begründung »zu viel« Vermögen abgelehnt wurde, auf ihr Recht auf Sozialhilfe bzw. Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung neu in Anspruch zu nehmen.

Trotz der gestiegenen Vermögensfreigrenze bleibt DIE LINKE bei ihrer Forderung, dass eine Grundsicherung für jede Bürgerin und jeden Bürger in Höhe von 1.050 Euro zur Verfügung gestellt werden muss, ohne bürokratischen Aufwand zu betreiben und ohne eine diskriminierende Überprüfung der Vermögens- und Einkommenssituation vorzunehmen.

kk

MedienCheck in der Musik-Fabrik

Teilhabe beim Sport sichern



Foto: Matthias Pihak

Ein fast alltäglicher »Mediencheck« für André Blechschmidt

Zeitungslesen gehört für mich zum Alltag wie das Zähneputzen. Das sehen aber nicht mehr alle Menschen so, insbesondere unter den Jugendlichen scheint dieses Medium nicht mehr sehr weit verbreitet zu sein. Ein Grund für mich, im Rahmen einer Lesepatenschaft, jungen Menschen im Jugendhaus Musik-Fabrik am Erfurter Rabenhügel eine Tageszeitung zur Verfügung zu stellen.

Allerdings interessierte mich auch, wie die Jugendlichen das Medium Zeitung wahrnehmen. Was interessiert sie daran, was nicht? Hat das Internet immer Vorrang? Kaufen sie sich auch einmal eine Zeitung? Diese und andere Fragen wollte ich mir beantworten lassen und mich auch von den Besucherinnen und Besuchern des Jugendhauses in Sachen Medien beraten lassen.

Ich habe sie deshalb bei Limonade und kleinen Snacks zum »MedienCheck« eingeladen.

»Mir ist es wichtig, dass die Zeitung nicht einfach nur so herumliegt, sondern dass man sich auch bewusst mit dem Medium befasst«, sagte Konstantin Bommersbach von der Musik-Fabrik zu der Veranstaltung. Er moderierte anschließend auch die Gesprächsrunde.

Zunächst wurden verschiedene Zeitungen angeschaut und anschließend bewertet. Schnell stellte sich heraus, dass es auch unter den Jugendlichen »echte« Zeitungsläserinnen und -läser gab. Die eine Zeitung in die Hand nehmen, über die Artikel gehen und für sie wichtiges dann komplett lesen. Die Mehrzahl jedoch sucht nur nach Artikeln, die sie interessieren. Und dabei

ging es in der Regel um Sport, Kriminalgeschichten oder Zwischenmenschliches. Und das sei, so die Aussage, eben der Vorteil am Internet. Hier könne man schnell und direkt zu den Informationen gelangen, die man spannend findet und das auch noch kostenlos.

Besonders eifrig blätterten Kevin (14 Jahre), Yannik und Kerim (beide 12), in den verschiedenen Zeitungen und stellten für sich Erstaunliches fest. Während die Zeitung mit den vier großen Buchstaben auch nach fast einer Woche noch mit einem flüchtigen Mörder aufmachte, gab es in einer großen Zeitung aus Frankfurt dazu gar keine Meldung. Erkenntnis: manche Zeitungen berichten nur bei tatsächlich Neuem, andere quetschen aus einem Ereignis auch noch die letzte Nebensächlichlichkeit heraus.

Was bei den jungen Leserinnen und Lesern auch gut ankam war der Regionalteil. Informationen und Nachrichten aus dem persönlichen Umfeld interessierten fast alle und so wurde auch bei den auswärtigen Zeitungen vielfach der Regionalteil studiert, um zu sehen was denn da so passiert.

Zusammenfassend würde ich sagen, dass das Interesse an Zeitungen aus Papier auch bei den jungen Menschen vorhanden ist. Nicht zwangsläufig und beinahe täglich, wie bei mir. Aber partiell und stark interessenorientiert. Deshalb möchte ich gemeinsam mit den Jugendlichen den »MedienCheck« auch fortsetzen.

André Blechschmidt, DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag

Gleich zweimal konnten Schecks der »Alternative 54« Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an sportlichen Wettkämpfen sichern. Beim 13. Puffbohnenturnier, bei dem 52 Kinder und Jugendmannschaften (von den Minis bis zur B-Jugend) aus ganz Deutschland antraten, konnte die Anreise und die Verpflegung einer Mannschaft aus der Partnerstadt Binäus abgesichert werden. Besonders erwähnt und gedankt sei an dieser Stelle auch den fast 50 ehrenamtlichen Helfer_innen vom Erfurter Hockeyclub, die zwei Tage lang mithalfen, dieses Turnier durchzuführen.



Unterstützt wurde auch der Erfurter Judo-Club bei seinem 25. Internationalen ega-Pokal. Hier traten mehr als 1000 Judoka aus acht Ländern gegeneinander an. Besonders beeindruckend war die stimmungsvolle Eröffnung, in der die Sportler_innen deutlich machten, wie grenzüberschreitend der Gedanke des Judosports ist.

Offene Angebote ausbauen

Nicht immer haben insbesondere unsere Kleinsten die Möglichkeit, Spiel, Sport und Bewegung in einem Verein zu betreiben. Der große Bedarf zeigte sich beim Kammwegfest und beim Sportfest auf dem Wiesenhügel.

Auf dem Herrenberg hatten die Organisatoren ein abwechslungsreiches Angebot von Spiel, Spaß und Wissen rund um das Thema »Weltreporter« zusammengestellt. Bei schönstem Wetter nutzten über 100 Kinder die Angebote von Trägern, Wohnungsgesellschaften und anderen Aktiven.



Am Wiesenhügel half die kompetente Unterstützung durch den Verein »Spirit of Football«. Hier stand die sportliche, aber mit viel Spaß verbundene Aktivität im Vordergrund. Sitz- und Fairplay-Fußball, Unihockey oder auch ein Geschicklichkeitsparcours wurden von fast 70 Kindern und ausprobiert.

»Heraus zum 1. Mai!«

So lautete früher die Parole und sie deutet an, was viele in Ostdeutschland mit diesem Tag verbinden: mehr oder weniger zwanghafte Teilnahme an Kundgebungen und Demonstrationen.

Dabei ist der Ursprung des Maifeiertags einerseits ein gutes Beispiel für demokratische Streitkultur: Arbeiter in Australien (1856) und den USA (1886) hatten an diesem Tag für die Abschaffung des 12-Stunden-Arbeitstages (!) und für einen 8-Stunden Tag gestreikt. Andererseits aber auch

an diese Opfer wurde im Jahr 1889 der 1. Mai zum »Kampftag der Arbeiterklasse« ausgerufen.

Soweit zur Geschichte. Nach der Wende taten sich die Gewerkschaften in Ostdeutschland schwer mit der Tradition des 1. Mai. Als Mitte der 90er Jahre die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verwerfungen immer deutlicher wurden, sich immer mehr Menschen nicht in »blühenden Landschaften«, sondern in der Arbeitslosigkeit oder in Niedriglohnjobs wieder fan-

Für mich ist der 1. Mai aber schon immer der Tag und die Gelegenheit, mit vielen Menschen ins Gespräch zu kommen, zu diskutieren und Meinungen auszutauschen. Dabei geht es neben den Themen Arbeit und Lohn auch immer wieder um die Frage der sozialen Gerechtigkeit und um das solidarische Miteinander in unserer Gesellschaft.

In diesem Jahr hatte ich mir etwas besonderes ausgedacht. Ich wollte nicht nur bei »zufälligen« Begegnungen ins Gespräch kommen, sondern Menschen zielgerichtet die Gelegenheit geben, mit mir zu reden. Dazu wurde eine Gesprächsecke am Infostand der LINKEN eingerichtet und auf die Gesprächsmöglichkeit hingewiesen. Und ich war überrascht, dass zum angekündigten Zeitpunkt sogar schon Menschen auf mich warteten.

Die Themen waren vielfältig. Ereignisse aus dem Wahlkreis oder der Stadtpolitik wurden genauso diskutiert und kommentiert wie persönliches mit Menschen, die mich schon länger kannten. Ich nehme als Fazit dieses 1. Mai mit, dass ich die Möglichkeiten zu direkten Gesprächen noch weiter intensivieren werde.

Informieren Sie sich dazu im Internet unter www.blechschmidt-andre.de oder schreiben Sie eine Mail an blechschmidt@die-linke-erfurt.de

André Blechschmidt, DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag



Foto: Matthias Pihak

für deren Scheitern: im Anschluss an eine Kundgebung zum 1. Mai in Chicago kamen bei Auseinandersetzungen nach einem Bombenattentat rund 30 Menschen ums Leben (»Haymarket Affair«). Im Gedenken

den, nahm die Beteiligung wieder zu. Das Motto des DGB zum 1. Mai 1998 »Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit« steht stellvertretend für diese Zeit und ist auch heute noch aktuell.

Demokratisierung muss auf mehreren Ebenen geschehen



Martina Renner, Mitglied DIE LINKE. Fraktion im Deutschen Bundestag

Die deutsche Gesellschaft ist polarisiert. Auf der einen Seite stehen Wahlerfolge für die immer weiter in die extreme Rechte abgleitende »Alternative für Deutschland« (AfD), steigende Gewalt gegen Geflüchtete und ihre UnterstützerInnen sowie eine Verrohung der öffentlichen Debatten. Auf der anderen Seite haben sich in den vergangenen zwei Jahren große Teile der Bevölkerung beeindruckend um Geflüchtete gekümmert und ihnen eine Perspektive geboten. Eine große Anzahl von Menschen hat sich für den Erhalt dessen eingesetzt, was mühselig an demokratischen Errungenschaften erarbeitet worden ist. Doch

wie stark sind in Zeiten der gesellschaftlichen Spaltung die Fundamente, auf denen unsere Demokratie ruht?

Die Studie »Gesplante Mitte – feindliche Zustände« stellt für 2016 fest, dass 84 Prozent der von ihnen Befragten der Ansicht sind, »die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut«. Sind diese Zahlen eher ein Signal für die Zustimmung zur demokratischen Verfasstheit, bereiten andere Ergebnisse Sorgen. 58 Prozent der Befragten sagen »Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht«, gar 63 Prozent vermuten »Politiker umge-

hen die bestehenden Gesetze, wenn es um ihre eigenen Vorteile geht«. Hier wirkt sich die mangelnde Transparenz der Arbeit im Bundestag aus. Ich setze mich schon lange für die Übertragung der Sitzungen von Parlamenten, Ausschüssen und Untersuchungsausschüssen ein. So könnten z.B. im Netz die Diskussionen, Entscheidungen und Beschlüsse mitverfolgt werden.

Auch die Einführung eines öffentlichen und verpflichtenden Lobbyregisters könnte für Transparenz sorgen, wird bisher aber von der großen Koalition blockiert. Diese Zahlen zeigen nicht nur die viel beschworene »Krise der repräsentativen Demokratie«, sondern eine notwendige Demokratisierung auf mehreren Ebenen. Jenseits des Mehrheitsprinzips meine ich unterschiedliche Formen der demokratischen Willensbildung, die auf die Bedürfnisse der verschiedenen Gesellschaftsbereichen zugeschnitten sind. Diese Prozesse müssen wir gemeinsam mit Initiativen und Bündnissen vorantreiben, die bereits in den jeweiligen Bereichen aktiv sind.

Ein Beispiel ist die Zusammenarbeit der LINKEN mit dem bundesweiten Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« für die Aufrechterhaltung demokratischer Standards sowie gegen Rassismus und rechte Hetze. Es ist eine Möglichkeit den Angriff auf die Demokratie von rechts zu stoppen und zurück zu drängen.

Martina Renner, DIE LINKE. Fraktion im Bundestag

Bundestag ohne »Tag der Befreiung«

Seit 2015 ist der 8. Mai, der Tag der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus, in Thüringen ein offizieller Gedenktag. Der »Kalender alljährlich wiederkehrender Gedenk-, Aktions- und Thementage« des Deutschen Bundestages kennt diesen Gedenktag nicht. »Inzwischen ist es auch für den Bundestag allerhöchste Zeit, den Tag der Befreiung offiziell in seinen Kalender aufzunehmen«, so Martina Renner.

Gemeinsam gegen rechts!

»Gemeinsam müssen wir den Kampf gegen die extreme Rechte aufnehmen« forderte Martina Renner zum diesjährigen Tag der Arbeit. Mit der AfD droht im September erstmals eine rechtspopulistische Partei in den Bundestag einzuziehen. Den Zukunftsängsten als eine Ursache für diese Entwicklung kann nur mit der politischen Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit begegnet werden.

Keine Verharmlosung rechter Gewalt

Die Zahl der Neonazis mit einem Waffenschein hat sich im vergangenen Jahr gegenüber 2015 fast verdoppelt. Auch die Zahl der Angriffe mit Waffen auf Flüchtlinge, Unterkünfte und Helfer hat sich im Vorjahresvergleich verdoppelt. Martina Renner appellierte an das Bundeskriminalamt sowie die Landeskriminalämter, konsequent gegen rechten Bombenterror vorzugehen statt ihn zu verharmlosen.

Freiheit stirbt mit Sicherheit

Als das Bundesverfassungsgericht 1983 das Grundrecht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung anerkannte, galt das Urteil als Meilenstein des Datenschutzes. Demnach kann jede und jeder grundsätzlich selbst über Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten bestimmen. Doch aktuelle Gesetze und ihre Entwürfe machen die damaligen Errungenschaften zunichte. Dazu gehört das »BKA-Gesetz«, das Datenschutz und Schutz der Privatsphäre preisgibt.

Der Entwurf zum »Fluggastdatengesetz« sieht die anlasslose Erhebung, Speicherung und Rasterung der Daten von jährlich ca. 170 Millionen Menschen vor. Und mit einem »Gesetz zum Wohnungseinbruch« soll die umstrittene Funkzellenabfrage massiv ausgeweitet werden.

Was uns als Teil der inneren Sicherheit verkauft wird, verstößt massiv gegen das vor fast 35 Jahren erkämpfte Grundrecht. Viel mehr noch: diese Formen der Überwachung führen dazu, dass die Beobachteten – also wir alle – ihre Hoheit über das Privatleben verlieren und ihr Verhalten ändern. Unter dem Eindruck ständiger Überwachung wollen wir den Eindruck erwecken, wir seien nicht relevant für eine Überwachung. Tat-

sächlicher Sicherheitsgewinn ist nicht mit Placebo-Maßnahmen und Scheinlösungen wie Fußfessel, Videoüberwachung oder Massendatenerfassung zu erzielen, die allein der Überwachungsindustrie dicke Einnahmen bescheren.

Linke Antworten auf objektive Bedrohungen und wachsendes Unsicherheitsgefühl sind: Faktenorientierte Gefahrenanalysen, personelle und organisatorische Stärkung des Basisvollzugsdienstes bei den Polizeien, Förderung von Kompetenz bei der Verhinderung von schweren Straftaten durch spezialisiertes Wissen über Radikalisierung und Tatentschluss/-vorbereitung bei Terrorakten und schwersten Straftaten, effektive Strafverfolgung.

Dafür muss man das Spardiktat im Öffentlichen Dienst durch-

kreuzen, und den Polizeidienst attraktiv machen und keine Sicherheitsgesetze durch den Bundestag peitschen.

Martina Renner, DIE LINKE. Fraktion im Bundestag



Foto: Kai Budler

Renner fordert Aufklärung über V-Mann

Nach der Enttarnung des ehemaligen Deutschland-Chefs der seit 2000 verbotenen Neonazi-Gruppierung »Blood and Honour« als V-Mann des Verfassungsschutzes stellt sich die Frage, warum den NSU-Untersuchungsausschüssen diese Information nicht vorlag. Als Kader mit Kenntnis über europaweite und bundesweite rechtsterroristische Aktivitäten muss geklärt werden, was er über das NSU-Netzwerk wusste.

Verhütung ist Menschenrecht

Viele Frauen verzichten aus Kostengründen auf Verhütung. Der Verband pro familia hat kürzlich in Erfurt sein Modellprojekt BIKO Karola Stange und Ministerin Heike Werner vorgestellt. BIKO steht für kostenfreie Verhütungsmittel für Frauen mit wenig Geld.

Das Menschenrecht auf Verhütung darf nicht am Geld scheitern. Die selbst bestimmte sexuelle Reproduktion der Frauen steht dabei im Mittelpunkt, denn Verhütung oder die Methode darf nicht von der finanziellen Lage der Frau abhängig sein. Im Rahmen des Projekts können Frauen prüfen lassen ob sie finanziell unterstützt werden können und einen Antrag auf Kostenübernahme für rezeptpflichtige Verhütungsmittel bei dem Projekt stellen. Im ersten Viertel Jahr der Laufzeit des Projektes konnte so schon 60 Frauen das für sie passende Verhütungsmittel finanziert werden.

Mehr über das Projekt:
www.profamilia.de

Eröffnung des Insektenhotels

Schülerinnen und Schüler der Grundschule an der Geraaue haben bei einem Landtagsbesuch bei Karola den Wunsch geäußert ein Insektenhotel zu bauen. Danach hat sich Karola mit EURATIBOR in Verbindung gesetzt und die Kooperation angeregt. So ist es gelungen den Kleinen mit einer großartigen Bastelaktion den Wunsch zu erfüllen ein Insektenhotel aufzustellen.

Mit Bohrer und Hammer haben sie zusammen mit ihrer Lehrerin Holzstücke bearbeitet, die sie von Zuhause mitgebracht haben. Mitarbeiter des EURATIBOR gaben Hilfestellung und die Aktion kam sogar in die Thüringer Zeitungen.

Das Insektenhotel ist ein tolles Beispiel dafür, wie Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern ernst genommen werden und tolle Aktionen dabei herauskommen.



Beteiligung vor Ort. Das bringt was!



Spielplatz am Wohnblock der Mainzer Straße.

Ich kann absolut verstehen, dass es Hemmungen gibt, bei Problemen mit Abgeordneten zu sprechen oder sich an die Politik zu wenden. Dabei ist es sehr sinnvoll, es ist nämlich nicht so, dass man als Bürgerin oder Bürger keinen Einfluss hat. Jede und jeder kann direkt in meinem Wahlkreisbüro anrufen, ein Problem schildern und dann mit mir einen Termin bekommen. Oft kann ich helfen oder Lösungen anstoßen oder an andere Stellen vermitteln.

Ein Beispiel im Rieth: An mich hat sich die Vorsitzende der Mieterinnen- und Mietervertretung der Mainzer Straße gewendet, weil sich Mieterinnen und Mieter über den Spielplatz an dem Wohnblock beschwert haben. Gerade Lärm und Müll direkt am Spielplatz

und bolzende Kinder sind aufgefallen. Wir haben daraufhin zwei Termine bei mir im Wahlkreisbüro gemacht und gemeinsam über die Problematik und das gemeinsame Vorgehen gesprochen. Zusammen mit meiner Mitarbeiterin haben wir daraufhin Akteurinnen und Akteure vor Ort, die Mieter_innenvertretung, die KoWo, das Th.INKA-Projekt, das Amt für Bildung, Vertreterinnen der Regelschule, den Ortsteilrat bzw. den Ortsteilbürgermeister eingeladen.

Im Vorfeld haben wir eine Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt, um die Zuständigkeit und die Verantwortlichkeiten für eine Grünfläche an der Regelschule zu erfahren. Dieser Bereich wurde für einen Bolzplatz in Erwägung gezogen. Die Antwort des Ober-

bürgermeisters war, dass es zur Regelschule gehört und es für einen Schulgarten genutzt werden soll. Also kein Bolzplatz und das Lärmproblem bleibt. Mit dieser Antwort wollte sich die Mieter_innenvertretung nicht zufrieden geben. Bei einem Vororttermin mit den Eingeladenen wurde schnell klar, die gedachte Fläche ist ungeeignet. Aber es gibt eine große Wiese die perfekt für einen Bolzplatz ist.

Damit haben wir auf breiter Ebene viele relevante Personen direkt organisiert um einen Dialog zu führen, der das Anliegen voran bringt. Bei einem Treffen der Akteurinnen und Akteure am Spielplatz haben wir Ideen besprochen und dann auch die Fläche hinter der Otto-Lilienthal-Regelschule angeschaut. Wir werden dazu weiterhin mit dem Schulamt sprechen wie man sie nutzen könnte und ob ein Patenschafts-Modell zum Tragen kommen kann. Das Problem ist noch nicht behoben und die Ideen noch nicht umgesetzt. Aber auch das gehört dazu – alles braucht Zeit.

Auf den verschiedensten Ebenen gibt es Formen der Beteiligung, als Bürgerin und Bürger, als Mitglied im Ortsteilrat kann man Entscheidungen vor Ort herbeiführen, in Projekten kann man Probleme und Anliegen ansprechen. Einiges geht nicht schnell. Es ist weitere Arbeit nötig oder es ist die falsche Adresse. Stetes Engagement wirkt sich aber aus. Ich kann für meine Fraktion und meine Partei sprechen: Was an uns herangetragen wird, wird nach besten Wissen und Gewissen geprüft und wir nehmen das sehr ernst und suchen nach Lösungen.

Karola Stange, DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag

Gartenbau muss in Thüringen Zukunft haben

Junge Leute aus Erfurt haben sich entschlossen, hier in Erfurt zu bleiben und eine eigene kleine Gartenbaufirma gegründet. Sie fühlen sich hier verwurzelt, sind hier zu Hause, gehören dazu und möchten mit ihren Möglichkeiten zum gelingenden Zusammenleben beitragen und ihren Ortsteil verschönern.

Das Team der BTS-Gartenwerk GmbH hat sich als Ziel gesetzt, Gärten zu schaffen, die Visitenkarten der Gebäude sind und die Individualität, Kreativität und den Charakter ihrer Besitzerinnen und Besitzer widerspiegeln. Zum Leistungsspektrum gehören unter anderem: Planung und Beratungsleistungen bei Außenanlagen, Platz- und Wegebau, Hangbefestigungen, Stauden- und Gehölzpflanzungen, Dach- und Fassadenbegrünung und Teichbau, sowie Planung, Bau und Wartung von automatischen Beregnungsanlagen. Selber beschreiben die jungen Gartenbau-Ingenieure ihren Antrieb so: »Jeder Mensch hat das Bedürfnis nach Entspannung, Ruhe und Ästhetik. Dem gehen wir nach und setzen das um.« Aber sie machen viel mehr: Sie engagieren sich im städtischen BUGA-Förderverein und werben für den Gartenbau als gutes Produkt der Stadt. In Tiefthal gab es zum Beispiel eine Grünfläche,

die sie freiwillig und kostenlos bepflanzt und gestaltet haben. Zusammen mit vielen Partnerinnen und Partnern begleiten sie den Berufsorientierungskurs des Projektes »BLEIBdran – Berufliche Perspektiven für Flüchtlinge in Thüringen«. Tom Steinbrück sagte dazu: »Die Teilnehmenden sprechen schon gut Deutsch und ich kann mir gut vorstellen, dass einer von Ihnen in unserem Team eine Chance bekommt.« Zur Landesgartenschau in Apolda haben sie ein Gelände gestaltet und als Neustes gehen sie eine Kooperation mit dem Schulförderverein der Grundschule Gispersleben ein.

Dort sollen Stauden bei der Gestaltung des Schulgeländes zum Einsatz kommen.

In ihrer Arbeit, ihrem zusätzlichen Engagement für kommunales Grün und mit der Einbeziehung von jungen Geflüchteten in ihre Projekte zeigen die jungen Leute der BTS-Gartenwerk GmbH Verantwortung. Sie sind ein aktiver Teil unserer Stadt, sie sehen ihre Verantwortung und sind hier fest verwurzelt. Für sie geht Wirtschaften in Erfurt weit über bloßes Gewinnmachen hinaus, es geht um ein funktionierendes Gemeinwesen, ein gutes Miteinander.

sn



Ministerpräsident Bodo Ramelow besucht BTS Gartenwerk GmbH zur Eröffnung der Landesgartenschau in Apolda 2017 an ihrem Schaugarten – Das Erbe der Trias-Zeit (v.l.n.r. Tino Stange, Tom Steinbrück, Bodo Ramelow).

Verkauf der Erfurter Bahn gestoppt!

Ostermarsch in Jena



Bild der Kampagne zum Verbleib der Erfurter Bahn in städtischem Besitz.

Vor einiger Zeit wurde öffentlich, dass Oberbürgermeister Bausewein (SPD) das kommunale Unternehmen »Erfurter Bahn« verkaufen möchte. Mit diesem Plan ist er sogar schon an die Presse gegangen, bevor die Stadträtinnen und Stadträte davon wussten.

»Wir haben die von Oberbürgermeister Andreas Bausewein vorgestellte Idee bereits kurz nach ihrem Bekanntwerden kritisiert. Wir haben uns in der Presse dazu geäußert, eine Unterschriftenaktion initiiert und auch in den Sozialen Netzwerken auf die Problematik hingewiesen«, erläutert Steffen Kachel, der Vorsitzende des LINKEN Stadtverbandes in Erfurt. »Am 1. Mai standen wir an Ständen mit Unterschriftenlisten und haben Bürgerinnen und Bürger auf das Thema aufmerksam gemacht. Am 2. Mai waren wir ab 6 Uhr morgens im Hauptbahnhofsbau, um Pendlerinnen und Pendler anzu-

sprechen. Schon nach zwei Tagen hatten wir über 500 Unterschriften gesammelt. DIE LINKE beschloss daraufhin, einen Einwohnerantrag an den Stadtrat zu unterstützen, um den Verkauf aufzuhalten.« Martina Renner, LINKE Bundestagsdirektkandidatin für Erfurt, kritisiert ebenfalls die entstandene Verunsicherung der über 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Erfurter Bahn. Bauseweins Plan, mit dem Verkaufserlös die Sanierung der Erfurter Schulen zu finanzieren, bezeichnet als sie »Milchmädchenrechnung«. Zum ersten würden dann die wichtigen regelmäßigen Einnahmen durch die Erfurter Bahn für den Stadthaushalt wegfallen und zum andere gebe es bessere Möglichkeiten, das Geld für die Schulen aufzubringen. Nicht umsonst hat auch der Finanzausschuss des Stadtrates mit großer Skepsis auf Bauseweins Pläne reagiert. Renner und Kachel

verweisen stattdessen auf das Sanierungsmodell der Partnerschaft zwischen staatlichen Institutionen (Öffentlich-Öffentliche Partnerschaft).

Die Ratsfraktion und die Stadtpartei der LINKEN begrüßen, dass sich im Ergebnis des öffentlichen Drucks auch die Stadtratsfraktion der SPD von den Plänen des OB distanziert hat, so dass für einen Verkauf der Erfurter Bahn im Stadtrat keine Mehrheit mehr möglich ist und der Verkauf damit erstmal vom Tisch ist. Diese Entscheidung ist richtig. Die durch die Erfurter LINKEN nach Bekanntwerden der Pläne des Oberbürgermeisters gestartete Unterschriftenaktion hat dabei sicherlich zu einem Umdenken beigetragen.

Wie der Fraktionsvorsitzende Matthias Bärwolff sagt, ist DIE LINKE der Überzeugung, »dass wir langfristig denken müssen. Kommunales Eigentum muss bewahrt und vermehrt werden, denn damit steigt die Möglichkeit der Stadträte, auf die Verhältnisse Einfluss zu nehmen und die Lebensqualität in Erfurt zu verbessern. Deswegen macht uns LINKEN auch der nach wie vor laufende Verkauf von Altbauwohnungen durch die KOWO Sorgen. Der einmalige Verkauf von Tafelsilber ist nicht die Lösung für die strukturelle Unterfinanzierung des Erfurter Schulbaus. Er reißt andererseits neue Löcher in die zukünftigen Stadthaushalte. Das Beispiel Erfurter Bahn zeigt, dass sich Engagement und Druck zur Bewahrung kommunalen Eigentums lohnen. Gemeinsam müssen wir die Handlungsfähigkeit unserer Stadt stärken!

mb

Mehr als 200 Menschen, darunter auch ein Dutzend Erfurterinnen und Erfurter und Martina Renner, unsere Direktkandidatin für den Bundestag, beteiligten sich an der Kundgebung der Thüringer Friedensbewegung in Jena. Renner und zahlreiche andere Vertreterinnen und Vertreter sprachen den Menschen aus dem Herzen, als sie sich gegen das derzeit akute Anheizen internationaler Spannungen wandten. Auch der eigene Beitrag Thüringens und Jenas zum internationalen Rüstungswettbewerb wurde thematisiert. Waffen werden nicht umsonst gebaut, sondern um eingesetzt werden. Konversion muss deswegen auch für Thüringen ein Thema werden, gerade die Firma Jenoptik steht hier im Zentrum der Diskussion.

Der Thüringer Ostermarsch 2017 war eine gelungene, vor allem aber dringliche Aktion, die durchaus wahrgenommen wurde – nicht nur in Jena. Für Frieden zu streiten ist keine Selbstverständlichkeit, sondern historische Pflicht.

Gedenken an Erfurter Amoklauf

Ganz Erfurt und Thüringen gedachten dem Unbegreiflichen, das vor 15 Jahren am Erfurter Gutenberg-Gymnasium geschah. Ein frustrierter Schüler und ausgebildeter Schütze ermordete damals wahllos 16 Menschen auf grausame Art und Weise, bevor er sich selbst das Leben nahm: Schülerinnen und Schüler, Lehrer, Polizisten wurden mitten im Frieden Opfer einer Waffentat. Wir gedenken auch unseres Genossen Hans Lippe, der sich als Lehrer der Schule unter den Opfern befand.



Gedenken zum Tag der Befreiung

Seit Jahren laden die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN / BdA), die Deutsch-Russische Freundschaftsgesellschaft und die Deutsch-Amerikanische Gesellschaft die Erfurterinnen und Erfurter, sowie die Stadt- und die Landespolitik ein, am 8. Mai gemeinsam der Befreiung Europas vom Hitlerfaschismus zu gedenken. Auch in diesem Jahr gedachten etwa 100 Menschen auf dem Hauptfriedhof vor dem sowjetischen Ehrenmal der Leistungen der alliierten Soldaten, der Partisaninnen und

Partisanen und den Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer, die in allen Ländern Europas unter Einsatz und oft auch unter Verlust des eigenen Lebens kämpften und mit dem Beenden der faschistischen Diktatur auch den Krieg beendeten.

»Der 8. Mai«, so betonte Elke Pudszuhn, Landesvorsitzende des VVN / BdA, in ihrer Gedenkrede, »ist der Tag, an dem wir innehalten und an die Millionen Opfer erinnern, die dieser Kampf, vor allem auch auf Seiten der Menschen der Sowjetunion, kostete, die die Hauptlast im Krieg gegen Hitler-

deutschland trug. Diesen Opfern fühlen wir uns in tiefer Dankbarkeit verbunden, und sie sind es, die uns mahnen, Faschismus und Krieg nie wieder zuzulassen. Auch heute, 72 Jahre danach, gehe es darum, dass sich Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit aushalten und wertschätzen und überhaupt den Krieg als Mittel zur Lösung von Problemen ablehnen.«

Worte des Gedenkens und Erinnerns sprachen auch das russische Generalkonsulat in Leipzig, der russische Veteranenverband, die Deutsch-Amerikanische Gesellschaft und die Deutsche Kriegsgräberfürsorge aus. Sehr zum Nachdenken regte eine Vertreterin der Deutsch-Russischen Gemeinschaft an, als sie formulierte: »Wenn die nachfolgenden Generationen die Geschichte vergessen, wird ein dritter Weltkrieg sehr wahrscheinlich.«

Der Sieg der Alliierten über die Nazis und die Erinnerung an den Widerstandskampf und die Befreiungstat der Alliierten sollte uns nicht nur Mahnung sein, sondern tägliche Herausforderung. Deutschlands Rolle im 21. Jahrhundert darf nur noch die einer Friedensmacht sein. Die Bundesregierung sollte ihre Verantwortung weltweit so verstehen, dass sie jeder Form der Aufrüstung entgegenwirkt und Kriegseinsätze vollständig unterlässt.

Dr. Steffen Kachel



Gedenken an die Opfer des Faschismus am Sowjetischen Ehrenmal.

Mobilisierung zum G20-Gipfel in Thüringen

Es werden in Thüringen zwischen April und Juli eine Vielzahl an Aktionen und Veranstaltungen stattfinden, in denen wir uns mit den Problemen unserer Zeit in Hinblick auf den Gipfel auseinandersetzen wollen, aber noch mehr: Wir organisieren eine gemeinsame Anreise mit Bussen von Thüringen nach Hamburg zum Camp bzw. zur Großdemonstration am 8. Juli. Wenn ihr Interesse an einer gemeinsamen Anreise bzw. an einem gemeinsamen Aufenthalt auf dem Gipfel in Hamburg habt, dann meldet euch bei uns.

G20-Beutel angeln

Es entstehen großartige Dinge, unter anderem auch unser Solibeutel. Den könnt ihr im offenen Jugend- und Wahlkreisbüro RedRoXX (Pils 29) für 3 Euro bekommen.



Das schöne Leben schlägt Wellen – G20 fluten!



Die Widersprüche des Kapitalismus liegen auf der Hand: Armut, Hunger, Umweltzerstörung, lebensverkürzende Arbeitsbedingungen usw. sind die schmutzigen, offenen Geheimnisse eines für alternativlos gehaltenen Kapitalismus. Die G20 sind die größten Profiteure des gegenwärtigen Wirtschaftssystems. Die steigende Zahl armer Menschen auch in diesen Ländern

wird übertüncht mit Milliardengewinnen auf der anderen Seite der Reichungsverteilung. Weil trotz kurzen Straucheln durch die Krise die Gewinne nicht ausbleiben, ist eine Bewältigung der Krise vom Tisch: Es geht nur noch um ihr Management. Der von uns und vielen anderen geführte Kampf um Alternativen wird so zum Investitionsrisiko, Regieren im Ausnah-

mezustand und Aufstandsbekämpfung zur Kernkompetenz moderner Staatlichkeit. Die Sicherheitszonen um den G20-Gipfel in Hamburg sind die Spitze des Eisbergs, der gerne der Fels in der Brandung für die Stabilität kapitalistischer Verwertungsbedingungen wäre. Der Rückgriff auf eine autoritäre Staatlichkeit zeigt nur, dass der Kapitalismus immer schon bewaffnet abgesichert werden musste. Teil dieser Absicherung von Verwertungsbedingungen ist ein festklammern an Nationalstaatlichkeit und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Menschen. Merkels Deal mit der Türkei zur Sicherung der europäischen Außengrenzen oder der von Trump angekündigte Bau einer Mauer an der Grenze zu Mexiko wie auch der Ausnahmezustand in Frankreich usw. sind damit Teil einer deutlicher als vorher zu Tage tretenden Allianz aus Neoliberalismus und autoritärer Staatlichkeit. Im Kielwasser dieser Staatlichkeit blühen Rassismus und Nationalismus.

Ihrer nationalistischen Widerlichkeit und ihrem Rassismus setzen wir internationalen und vielfältigen Protest entgegen. Wir stehen für den Gegenentwurf zu ihrer Alternativlosigkeit, deshalb bekämpfen sie uns. Wir sind diejenigen, die über Grenzen hinweg und gegen diese solidarisch miteinander arbeiten. Wir sind Teil der Migrationsbewegung, die sie nicht aufhalten können, Teil einer ungehorsamen Internationalen.

In der Angst vor unserem Protest werden Teile der Hamburger Innenstadt zur Festung und ein Heer an Polizisten zur Absicherung des Gipfels zusammengezogen. Ihre Angst ist berechtigt, denn wir werden zum G20-Gipfel nach Hamburg kommen und unmissverständlich zeigen, dass wir so nicht weiterleben wollen. Unsere Wut auf ihre Ordnung werden wir uns nicht verbieten lassen und ihre Ordnung ist auf Sand gebaut.

linksjugend [solid] Bundesarbeitskreis

Ein Kritisch-solidarischer Blick auf Rot-Rot-Grün



Unsere Gewinnerin und Gewinner: Susanne Hennig-Wellsow, Dirk Adams und Matthias Hey.

Seitdem die erste rot-rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Bodo Ramelow Ende 2014 ihre Arbeit aufgenommen hat, sind 2,5 Jahre vergangen. Genauso viel Zeit hat die Regierung bis zur nächsten Landtagswahl noch vor sich. Entgegen massiver Bedenken der jungen Union kann man an den Obst- und Gemüsetheken des Freistaates noch immer Bananen erwerben. Wie kann das sein? Diesem Mysterium wollten die linksjugend [solid] Thüringen, die Jusos Thüringen und die Grüne Jugend Thüringen auf den Grund gehen. Die politischen Jugendverbände luden daher am 2. Mai zu einer Halbzeitbilanz der etwas anderen Art ins Cafe Nerly in Erfurt ein. Verpackt in einem lockeren Quizformat stellten sich Susanne Hennig-Wellsow, Matthias Hey und Dirk Adams den kritischen Fragen der Jugendverbände. Thematisch ging es um Bildung, Arbeit, Hochschule, den Kampf gegen Rechts, Asylpolitik, Umwelt und den Sozialismus.

Jede Kategorie beinhaltete drei verdeckte Fragen für deren ehrliche Beantwortung

es von der Jury, bestehend aus je einem Mitglied der drei Jugendverbände, zwischen 100 bis 300 Punkte gab. Trotz hoher Eingigkeit zwischen den Landtags-Fraktionsvorsitzenden von DIE LINKE Thüringen, SPD Thüringen und Bündnis 90 / Die Grünen Thüringen konnten auch viele Kontroversen in der Koalition ehrlich auf den Tisch gepackt werden.

Positiv hervorzuheben ist die nun eingeführte Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten, sowie die Bemühungen im Kampf gegen Rechts. Ärgerlich für uns ist insbesondere, dass die Einführung des im Koalitionsvertrag festgehaltenen Azubitickets in weiter Ferne liegt.

Wir haben da sicherlich noch viel mehr zu kritisieren und werden auch weiter kritisch-solidarisch mit der 2g-Regierung umgehen. Insgesamt war es jedoch ein sehr gelungener und gut besuchter Abend, an dessen Ende es sogar Bananen für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer gab.

Valentine, LspR linksjugend [solid] Thüringen

Für alle – eine starke LINKE für den nächsten Bundestag!

Zwei Jahre lang hat DIE LINKE an ihrem Bundestagswahlprogramm gefeilt: In zahlreichen Foren und Diskussionsrunden nahmen tausende Bürgerinnen und Bürger, viele davon keine Mitglieder der LINKEN, die Möglichkeit wahr, ihre ganz persönlichen Anforderungen an linke Politik einzubringen. Ein enormer Aufwand. Aber nur ein breiter Prozess ermöglicht es den Bedürfnissen und Interessenslagen der Menschen wirklich auf die Spur zu kommen – so unsere feste Überzeugung. Denn Demokratie und demokratische Beteiligung darf sich nicht nur auf ein paar Kreuze auf Stimmzetteln beschränken. Demokratie braucht das aktive Mitwirken möglichst vieler Menschen.

Ein Programm, das sich sehen lassen kann: Im Ergebnis stehen klare Positionen, die der Mehrzahl der Menschen in unserem Land Verbesserungen bringen würden. 12 Euro Mindestlohn, 1.050 Euro Mindestrente und Grundsicherung, Rente wieder ab 65 und mit einem schutzgebenden Rentenniveau, mehr Kindergeld, 100 Milliarden Investitionen in Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und Soziales. Bezahlbar wird dies durch höhere Steuern und Abgaben für Bestverdienende, Millionäre, reiche Erben. Umfairteilung ist das Schlüsselwort. Als Friedenspartei stützen wir zudem die Bundeswehr auf ihre Verteidigungsfunktion zurück; Kosten für Auslandseinsätze und gigantische Rüstungsvorhaben sind besser in der Entwicklungszusammenarbeit angelegt und helfen so Fluchtursachen statt Geflüchtete zu bekämpfen.

Frieden, soziale Gerechtigkeit, ökonomische Nachhaltigkeit, mehr direkte Demokratie auch auf Bundesebene – ein solches Programm erscheint in

der heutigen Zeit ambitioniert. Es ist aber nur konsequent radikale Schritte zu gehen, um etwas für diejenigen Menschen zu tun, die von der formal positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren kaum oder auch gar nicht profitieren konnten. Während immer neue Rekordzahlen bei Erwerbstätigkeit und Wirtschaftsentwicklung gemeldet werden, steigt zugleich die Armutsrate in der Gesellschaft und viele Menschen schauen mit immer größerem Unbehagen in die Zukunft. Der größer werdende Kuchen macht viele nicht satt, weil einige Wenige sich immer größere Stücke auf Kosten der anderen gönnen.

Mitmachen statt nur Danebenstehen: Vor diesem Hintergrund resignieren viele Menschen, schimpfen auf »die da oben« – gerade in Vierteln, wo es sozial hapert. Das fordert linke Politik heraus: Wenn die Menschen mit ihren Sorgen nicht mehr zu uns kommen, dann müssen wir zu ihnen gehen. Das Gespräch mit Nachbarinnen und Nachbarn, Haustürgespräche als Teil des Wahlkampfes und aktives Zuhören sind Voraussetzungen, um Vertrauen (wieder)zugewinnen und Menschen zu motivieren ihre Rechte auf einem demokratischen Weg zu beanspruchen. Nur unsere eigene Aktivität wird Menschen aktivieren.

Dazu können wir alle beitragen, egal ob mit einem Parteibuch in der Tasche oder auch ohne. Plakate und Zeitungen in Briefkästen sind wichtig, aber viel wichtiger ist das Gespräch über den Garten-

Die Zukunft,
für die wir kämpfen:

SOZIAL. GERECHT. FÜR ALLE.

DIE LINKE.

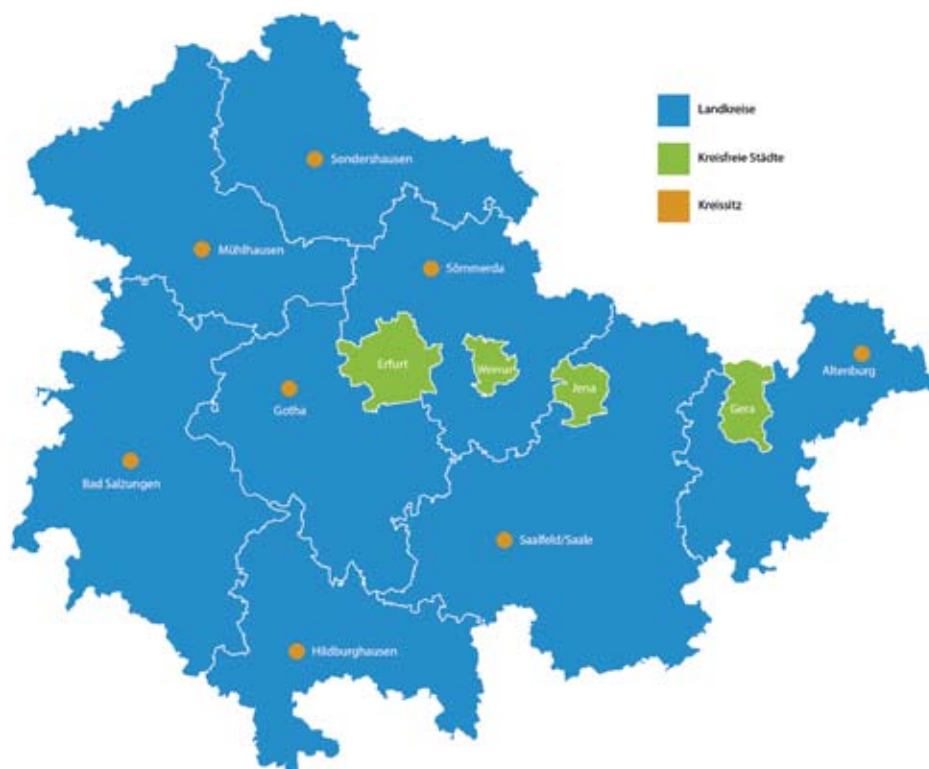
zaun, im Kindergarten mit anderen Eltern, am Arbeitsplatz. Nur wer will, dass sich nichts ändert an der ungerechten Situation in unserem Land, kann es sich leisten am 24. September nicht zur Wahl zu gehen.

Helfen Sie uns, dass es in den nächsten Jahren in unserem Land gerechter,

friedlicher und solidarischer zugeht. Es gibt viele Wege sich einzubringen, manchmal hilft schon das Teilen eines Beitrags auf Facebook. Sie haben Lust und Zeit noch mehr zu tun? Dann wenden Sie sich an unsere Geschäftsstelle: 0361 / 60 111 50.

Thomas Völker

Gebietsreform in Thüringen – Wieso? Weshalb? Warum?



Vorschlag Kreisgrenzen TMIK, Stand: 18. April 2017

Das Thema Gebietsreform ist schon seit Monaten ein Dauerbrenner und hat mit dem neuen Vorschlag des Innenministers zur Kreisstruktur noch einmal richtig Fahrt aufgenommen. Spricht man hingegen in Erfurt drüber, erntet man

eher Achselzucken, haben doch die Pläne der Landesregierung scheinbar keine nennenswerten Auswirkungen auf die Landeshauptstadt. Ronald Hande (MdL) weist darauf hin: »Auch wenn auf Erfurt keine großen Änderungen der Verwal-

tungsstruktur zukommen, profitiert die Stadt indirekt von der Reform. Denn kommt sie nicht, droht der finanzielle Kollaps im Land.«

2019 läuft der Solidaripakt II aus, aus dem Thüringen bis zu 2 Milliarden Euro pro Jahr erhalten hat. Die Zukunft des Länderfinanzausgleichs ist völlig offen. Zudem beginnt 2020 eine neue Förderungsperiode der EU, in der Thüringen weniger EU-Mittel erhalten wird. Und ab 2019 muss das Land die Investitionen im Straßen-, Städte- und Wohnungsbau und im Hochschulbau ohne Erstattungsleistungen des Bundes finanzieren. Insgesamt geht es um nahezu ein Drittel des Landeshaushaltes! Betroffen sind davon vor

allem die Kommunen, weil jährlich rund 3 Milliarden Euro aus dem Landeshaushalt an sie fließen. Die finanzielle Lage ist dort trotz jährlicher Hilfsprogramme in den Jahren 2013 bis 2015 in dreistelliger Millionenhöhe zum Teil dramatisch.

Fast jede siebente Gemeinde ist in der Haushaltssicherung. Jede zehnte Gemeinde hatte 2015 keinen Haushalt. Jede vierte Gemeinde hat keine Rücklagen mehr. Ziel der Reform ist deshalb die Stärkung der kommunalen Ebene.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist die Gebietsreform nötig. Aufgrund immer weniger Geburten, einer älter werdenden Gesellschaft sowie der Bevölkerungswanderung werden im Vergleich zu den 2,61 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 1990 nur noch rund 1,88 Millionen Einwohner_innen im Jahr 2035 in Thüringen leben. Daraus folgt für Ronald Hande: »Gerade die Gebiets- und Verwaltungsstrukturen müssen sich an die Gegebenheiten und Lebensgewohnheiten anpassen. Ein »Weiter so!« ist quasi unmöglich. Und so klingt die Forderung zwar toll, alles so zu lassen wie es ist und als einfach mehr Geld ins System zu geben, doch das ist keine Lösung.«

fn

Die nächste Petitionssprechstunde von Ronald Hande im Wahlkreisbüro in der Johannesstraße 49 in Erfurt findet am 19. Juni 2017 in der Zeit von 16 bis 18 Uhr statt. Um vorherige Anmeldung im Wahlkreisbüro (Tel.: 0361/ 2166 8708 | Mail: info@ronald-hande.de) wird gebeten.

Linke Termine: Erste Kulturgenossenschaft in Thüringen gegründet!

24. 6. 2017, ab 14 Uhr Tag der Vielfalt

Aktionen und Aktivitäten in sehr vielen Stadtteilen die zeigen, wie bunt und vielfältig Erfurt ist. Unter anderem an folgenden Orten können Erfurterinnen und Erfurter den »Tag der Vielfalt« erleben:
Bolzplatz, Hanoier Straße (Fußballturnier)
Bürgergarten, Färberwaidweg (Sommerfest)
Stadtteilzentrum Herrenberg, Stieler Straße (Gartenfest)

15. 8. 2017, 14 Uhr Sommerfest am Roten Berg

Das Motto in diesem Jahr lautet »100 Jahre Klavier«. Mit dabei ist die Stadträtin Karola Stange.
Ort: Roter Berg

26. 8. 2017 Friedensfest

Anlässlich des Weltfriedens-tages gemeinsame Fahrt nach Gera zum traditionellen Friedensfest.
www.die-linke-erfurt.de

9. 9. 2017, 14 Uhr Drachenfest

Die Drachen und Urzeitiere sind wieder mit Spiel, Musik und Informationen unterwegs. Der Stadtrat, André Blechschmidt nimmt ebenfalls teil.
Ort: Jugendhaus Wiesenhügel, Färberwaidweg



Foto: Martin Moll

Seit mehr als 13 Jahren steht das Erfurter Schauspielhaus inzwischen leer. Damit aus der Brache inmitten der Stadt wieder ein Ort für Kunst, Kultur- und Kreativwirtschaft entstehen kann, hat der KulturQuartier Erfurt Verein ein Konzept entwickelt. Gemeinsam mit dem KINOKLUB Erfurt, Tanztheater Erfurt und Radio F.R.E.I. soll im Schauspielhaus ein pulsierendes Zentrum geschaffen werden, das sich dauerhaft als Kulturort in der Stadt etabliert und die Bildung von Netzwerken fördert. Mehrere erfolgreiche Veranstaltungen im Schauspielhaus haben das enorme Interesse an einem KulturQuartier deutlich gemacht. Mehr als 3000 Besucherinnen und Besucher haben die Gelegenheit genutzt, in diesem wunderbaren Ambiente eine Veranstaltung zu besuchen oder einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Die PREVIEWS haben gezeigt, wie lebendig das Schauspielhaus wieder werden kann mit einer neuen Struktur, die vielfältigen Nutzungen Platz bietet und Synergien schafft. Neben Studio- bzw. Atelierstrukturen im ehemaligen Bühnenturm sind auch Kino, Café, Tanz, Radio, Theater, Konzerte, Ausstellungen und ein Restaurant geplant. Um all das realisieren zu können, soll eine von Bürgerinnen und Bürgern gegründete Genossenschaft die Eigentümergesellschaft des KulturQuartiers Schauspielhaus werden. Im November 2016 wurde deshalb im vollbesetzten Sitzungssaal des Rathauses die erste Kulturgenossenschaft Thüringens gegründet. Sie ist die Grundlage dafür, dass mit bürgerschaftlichem Engagement – ideell wie finanziell – den Potentialen der

Kultur und Kreativwirtschaft Raum in der Mitte der Stadt gegeben werden kann. Mit dem Ziel »1000 x 1000« – Tausend Bürgerinnen und Bürger investieren jeweils mindestens 1.000 Euro in Form von Genossenschaftsanteilen – soll insgesamt eine Million Euro als Eigenkapital zusammengetragen, damit weitere Mittel, u. a. in Form von Darlehen, akquiriert werden können. Dabei gibt es auch die Möglichkeit, dass mehrere Personen zusammen einen Anteil erwerben. Ziel der Genossenschaft ist der langfristigen Erfolg eines Ortes für Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft, der mit seinem Programm auf einen Nutzen für alle setzt und nicht vordergründig auf eine kurzfristige Kapitalrendite. Weil das Schauspielhaus in diesem Sommer für das KulturQuartier für Veranstaltungen noch nicht zur Verfügung steht hat der Verein einen neuen Ort geschaffen. Drei Übersee-Container bilden so etwas wie das Basislager – in, auf und vor dem bis in den Herbst hinein vielfältig für die Wiederbelebung des Schauspielhauses geworden wird. Ähnlich wie in einem Baubüro, werden im so genannten Showroom von Mai bis Oktober jeweils

Samstags von 14 bis 20 Uhr die Pläne für den Umbau, die Nutzung des Gebäudes sowie Möglichkeiten der Unterstützung vorgestellt. Ergänzt wird der Showroom um regelmäßige Veranstaltungen – von Lesungen, über ein Nachbarschaftsfest, bis hin zu kleinen Konzerten, Lesungen, Theater und Angeboten speziell für Familien.
Tely Büchner

DIE LINKE im Netz

- www.bodo-ramelow.de
- www.die-linke-erfurt.de
- www.linksfraktion-erfurt.de
- www.karola-stange.de
- www.blechschmidt-andre.de
- www.ronald-hande.de
- www.redroxx.de
- www.susannehennig.de
- www.unz.de
- www.die-linke-thuringen.de

Einladung

Die nächste Versammlung unserer Basisgruppe

findet am

um Uhr statt.

Wir treffen uns in

Vorsitzende(r)

Sudoku

6				7	8	2	3
	8		1		9		
	5		3		2	9	1
		1		6			7
			9	7	1		
4		5					1
				9			4
	4				3		2
5		8			4		6
						4	9

		3				5		7
				2	8	6	1	
4								6
	7							6
		3				9		
1	6				8	3		5
		5	4	9		3		
		8						1
								3

Ausfüllregel: In jeder Reihe, Spalte und Unterquadrat dürfen die Zahlen 1-9 je nur einmal vorkommen.

Türkischer Kaffee

Kaffee und Kultur sind untrennbar miteinander verbunden. Deswegen wollen wir euch hier einen Kaffee der etwas anderen Art, den türkischen Kaffee vorstellen.

Ihr braucht eine arabische Mokkaanne, welche Ibrik oder Cezve genannt wird und aus Kupfer oder Messing besteht, etwa 7g feingemahlene Kaffee pro Tasse, sowie einen Esslöffel Zucker pro Tasse. Den Kaffee könnt ihr fertig kaufen oder auch selbst mittels Kaffeemühle herstellen. Los geht's!

Zubereitung:

- + Kaffeekanne mit Wasser, dann Zucker und danach Kaffee füllen
- + Anschließend Kaffee mit Zucker verrühren bis der Kaffee gesunken ist
- + Kaffeekanne erhitzen (nicht umrühren!)
- + Wenn es kocht, schnell vom Herd nehmen, abkühlen lassen
- + Danach ein- oder zwei Mal aufkochen lassen
- + Schaum mit Kaffee in die Tasse gießen, mehr Schaum ist besser
- + Fertig, bei Bedarf Schaum nachgießen



Foto: Faerie | Lizenz: CC BY-SA 3.0

Impressum

DIE LINKE. Erfurt
 Eugen-Richter-Straße 44
 99085 Erfurt
 Telefon: 0361 / 601 11 50
 Fax: 0361 / 601 11 51
 redaktion@die-linke-erfurt.de
 www.die-linke-erfurt.de

Redaktion: Michael Bicker (mb), Kai Budler (kb), Katja Maurer (km), Katja Kleimnshagen (kk), Falko Neubert (fn), Simone Nordheim (sn), Matthias Plhak (mp), Michael Seeber (ms)
 Layout: Benjamin König
 V.i.S.d.P.: Dr. Steffen Kachel (sk)